

28. I. 1917

119

Pläne für Deckung der städtischen Mehrerfordernisse.) Der Bürgermeister hat, wie berichtet, in einer Versammlung von Wählern der Josefstadt eine Rede gehalten, die der Erörterung von Gemeindeangelegenheiten galt. Im Verlaufe seiner Ausführungen betonte Dr. Weiskirchner, die budgetären Verhältnisse der Gemeinde seien durch Kriegsfürsorgemaßnahmen zugunsten der Angestellten in eine sehr schwierige Position gekommen, und im Laufe der nächsten Monate werde sich die Nothwendigkeit ergeben, eine Reihe von Vorkorrekturen zur Deckung dieser Mehrerfordernisse zu treffen. Wie wir hören, wird im Laufe der nächsten Woche eine Obmännerkonferenz stattfinden, in der nach Verabschiedung der Stadtratsvorlage, betreffend die Betriebseinschränkungen auf den Straßenbahnen, die Finanzlage der Gemeinde zur Diskussion gestellt werden soll. Aus unseren früheren Mitteilungen sind die Bestrebungen zur Schaffung eines Einheitstarifes auf den städtischen Straßenbahnen bekannt. Weil jedoch mit dieser Tarifmaßnahme allein der kommunale Aufwand, der fortwährend eine steigende Tendenz zeigt, nicht bestritten werden kann, erscheinen weitere Vorkorrekturen im Interesse der Ordnung im Gemeindehaushalte geboten. Ueber den Zeitpunkt der Einführung gehen die Meinungen in Gemeinderatskreisen auseinander. Zu einer allgemeinen Erhöhung der Umlagen wird man sich in der nächsten Zeit nicht entschließen; man wird eine derartige tief einschneidende Maßregel so lange als möglich von den Steuerträgern abzuwenden suchen. Wohl aber wird man die städtischen Betriebe, die auch während der Kriegsjahre günstige Geschäftsergebnisse erzielt, heranzuziehen suchen. Neben dem Einheitstarife auf der „Elektrischen“ wird die Erhöhung der Preise für Gaslicht und elektrisches Licht erwogen. Der Gasverbrauch im Wiener Gemeindegebiete beträgt im Jahre 184 Millionen Kubikmeter, von welchen 16 Millionen für die öffentliche Beleuchtung entfallen. Der Stromverbrauch in Wien wurde im Jahre mit 160 Millionen Kilowattstunden ermittelt, von welchen für Beleuchtungszwecke 45 Millionen und für elektrische Kraftwerke 49 Millionen entfallen. Der Rest findet im Betrieb der Straßenbahnen und im Eigenbetriebe der Gemeinde Verwendung. Derzeit werden für den Kubikmeter Gas (zu Heizungs-, Beleuchtungs- und Kraftzwecken) 17 S. eingehoben. Der Strompreis für eine Kilowattstunde beträgt 70 S. Es wird von den Erhebungen abhängen, ob und in welchem Ausmaße Tarifierhöhungen hier eintreten. Die Angelegenheit bedarf sorgfältigen Studiums, weil große und kleine Privatbetriebe in Betracht kommen, die von den städtischen Unternehmungen Gas und Strom beziehen. Die Erledigung dieser Angelegenheit wird von den kürzlich beherrschten Tarifierhöhungen für Kohle berührt, die beim städtischen Gaswerk allein eine Mehrbelastung des Budgets um 2-2 Millionen Kronen verursachen. Dazu kommen noch erhöhte Steuern und Gebühren.